

WMI

WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

8

Ausgabe 20. Februar 2014

Inhalt

- 4 Klimaziele:** Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks fordert größere Anstrengungen, um den CO₂-Ausstoß in Deutschland weiter zu reduzieren.
- 5 Rechtsausschuss:** Neben der Vorratsdatenspeicherung will sich der Bundestagsausschuss für Recht und Verbraucherschutz insbesondere der Mietpreisbremse widmen.
- 6 Wohnraumförderung:** Die baden-württembergische Wohnungswirtschaft kritisiert die zu geringen Fördermittel zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Deutscher Bauherrenpreis Neubau 2014 in Berlin verliehen

Berlin – Die Preise des Wettbewerbs zum Deutschen Bauherrenpreis 2014 in der Kategorie Neubau wurden am 19. Februar 2014 in Berlin verliehen. Unter dem Vorsitz von Jochen König, Architekt (BDA), zeichnete die Jury 10 Projekte des wichtigsten nationalen Wohnungsbauwettbewerbs mit einem Preis aus, 10 weitere Projekte erhielten eine Besondere Anerkennung. Darüber hinaus wurde der Sonderpreis „Freiraumgestaltung im Wohnungsbau“ vergeben. Eingereicht wurden 95 Vorhaben mit 4.300 Wohnungen.



Foto: Roland Weegen, München

Die GEWOFAG Wohnen GmbH wurde für die Errichtung von zwei Wohngebäuden im Passivhausstandard in München mit dem Sonderpreis „Freiraumgestaltung im Wohnungsbau“ ausgezeichnet.

Für Bauherren im Wohnungsbau ist das Spannungsfeld zwischen Anspruch und Rentabilität von größter Bedeutung, wenn anstelle einzelner Leuchttürme eine umfassende Breitenwirkung erzielt werden soll. Der als Gemeinschaftsinitiative der in der AG KOOPERATION zusammengeschlossenen Verbände Bund Deutscher Architekten (BDA), Deutscher Städtetag und GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vergebene Preis steht mit seinem Leitbild „Hohe Quali-

tät zu tragbaren Kosten“ wie kein anderer vergleichbarer Wettbewerb dafür, dass nachhaltiges Bauen auch kostengünstig sein muss, und zwar betrachtet über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes beziehungsweise einer ganzen Wohnsiedlung. Eine besondere Herausforderung stellt die Freiraumgestaltung im Wohnungsbau dar, weshalb sich der Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) ebenfalls am Wettbewerb beteiligte.

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Bundesbank schließt Immobilienblase nicht aus

Das extrem niedrige Zinsniveau könnte nach Ansicht der Bundesbank zu einer Spekulationsblase am Immobilienmarkt führen, wie das *Handelsblatt* am 18. Februar 2014 berichtete. Im Falle einer weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase bei hoher Liquidität sei eine Immobilienblase für die Zukunft nicht auszuschließen. Aktuell sei aber noch keine Spekulationsblase erkennbar, vielmehr übersteige die Nachfrage das Angebot und treibe die Preise, so Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret am 17. Februar 2014 in einem Interview mit dem Fernsehsender *n-tv*. (wi)

Mehr Geld für Pflegebedürftige

Alle Pflegebedürftigen in Deutschland sollen ab 2015 mehr Geld aus der Pflegeversicherung erhalten, wie die *Berliner Zeitung* am 18. Februar 2014 berichtete. Nach Vorstellungen der Union werden die Pflegesätze zum 1. Januar 2015 um circa drei Prozent angehoben, so der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn. (wi)

Mehr Erwerbstätige

Im vierten Quartal 2013 hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 42,2 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Im Vergleich zum vierten Quartal 2012 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 243.000 Personen oder um 0,6 Prozent auf einen neuen Höchststand. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

„Wir gratulieren den ausgezeichneten Preisträgern ganz herzlich. Sie zeigen in beispielhafter Weise, wie mit intelligentem und innovativem Wohnungsbau ein Mehrwert an Baukultur und gleichzeitig ein Mehrwert für das Wohnquartier und die Innenentwicklung der Städte erreicht werden kann“, erklärten anlässlich der Preisverleihung in Berlin **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW, **Heiner Farwick**, Präsident des BDA, und **Helma Orosz**, Oberbürgermeisterin der Stadt Dresden sowie Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages. „Die ausgezeichneten Projekte haben dabei in vorbildlicher Weise die Kriterien des hohen Stellenwerts des Wohnumfeldes, der Einbindung der Nutzer, eines hohen energetischen Standards und einer kleinteiligen und gemischten Nutzung berücksichtigt.“

Mit Blick auf das Ziel bezahlbarer Mieten spielten die tragbaren Kosten des Neubaus bei der Beurteilung der Projekte eine entscheidende Rolle. Hier zeigte sich aber auch, dass angesichts der überproportionalen Steigerungen bei Material- und Lohnkosten sowie Planerhonoraren anspruchsvolle Vorhaben ohne Förderung für die Bauherren nicht rentierlich und für die Mieter nicht bezahlbar gewesen wären. „Die Vereinbarkeit von sozialen, gesellschaftlichen und qualitativen Anforderungen an den Wohnungsbau erfordert intensive Anstrengungen aller Beteiligten. Grundlage hierfür ist unter anderem eine Förderung, die rentierliches Bauen nicht nur ermöglicht, sondern stimuliert“, erklärten die Auslober.

An wen gingen die 10 Preise?

Der Sonderpreis „Freiraumgestaltung im Wohnungsbau“ ging an die Aufwertung des Quartiers am Piusplatz durch die GEWOFAG **München**. Die bestehende Wohnanlage der 1930er Jahre wurde durch zwei Zeilenbauten so ergänzt, dass die im Quartier fehlenden Wohnungen für Familien und Ältere entstanden sind und durch das Büro Mahl Gebhard Konzepte, Landschaftsarchitekten bdla, ein stimmungsvoller Freiraum gestaltet werden konnte.

In **Quedlinburg** wurden die kommunale Wohnungswirtschaftsgesellschaft und die Planer von arc architekturconcept für die Reparatur des historischen Stadtgrundrisses durch einen Neubau ausgezeichnet, der sich in zeitgemäßer Gestalt in das UNESCO-Welterbe einfügt und das Angebot barrierearmer Wohnungen in der Stadt stärkt.

Der Wohnbau **Lemgo** eG ist es gemeinsam mit h.s.d. architekten BDA gelun-

Weiter auf Seite 3 ➔

Preisträger und Besondere Anerkennungen des Deutschen Bauherrenpreises Neubau 2014

Preise		
Einreicher	Bauherr(en)	Objekt
Sonderpreis „Freiraumgestaltung im Wohnungsbau“:		
GEWOFAG Holding GmbH, München	GEWOFAG Holding GmbH, München	Zwei Wohngebäude im Passivhausstandard, Piusplatz, München-Ramersdorf
ARC architekturconcept GmbH, Quedlinburg	Wohnungswirtschaftsgesellschaft mbH Quedlinburg	Wohn- und Geschäftshaus „Steinbrücke“, Carl-Ritter-Straße / Steinbrücke, Quedlinburg
h.s.d. architekten (BDA), Lemgo	Wohnbau Lemgo eG	Gemeinschafts-Wohn-Projekt „Pöstenhof Lemgo“
Molestina Architekten Ges. für Architektur mbH, Köln	GAG Immobilien AG, Köln	Carlswerkquartier, Köln-Buchheim
Freiburger Stadtbau GmbH (FSB), Freiburg im Breisgau	Freiburger Stadtbau GmbH (FSB), Freiburg im Breisgau	Mietwohnungs- und Eigentumswohnanlage, Uferstraße / Haslacherstraße, Freiburg
Architektur Contor Müller Schlüter, Wuppertal	Hochschul- und Sozialwerk Wuppertal	Experimentelles Wohnen – Wohnhäuser für Studenten, Im Ostersiepen / Max-Horkheimer Straße, Wuppertal
Druschke und Grosser Architektur (BDA), Duisburg	Wohnungsgenossenschaft Duisburg-Hamborn eG	Wohnen unter einem Dach – Seniorenwohnungen, Bleekstraße, Duisburg-Hamborn
zanderroth architekten, Berlin	Bauherrengemeinschaft Zelterstraße 5 GbR, Berlin	Bauherrengemeinschaft ze511 – Big Yard, Einfamilienhaus in der Großstadt, Zelterstraße, Berlin-Prenzlauer Berg
GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH	GWG Städtische Wohnungsgesellschaft München mbH	Neubau geförderter Wohnungsbau – Wohn- und Geschäftshaus, Thalkirchner Straße / Imlerstraße, München
Gemeinnützige Wohnungsbau-genossenschaft „Eigene Scholle“ eG, Halle (Saale)	Gemeinnützige Wohnungsbau-genossenschaft „Eigene Scholle“ eG, Halle (Saale)	Mehrgenerationenwohnen am Rockendorfer Weg, Halle (Saale)
Anerkennungen		
Einreicher	Bauherr(en)	Objekt
Wohnungsgenossenschaft Prenzlau e.G.	Wohnungsgenossenschaft Prenzlau e.G.	„Neue Mitte“ – Marktberg Prenzlau
HKPE Hofkammer Projektentwicklung GmbH, Ostfildern	HKPE Hofkammer Projektentwicklung GmbH, Ostfildern	Wohnbebauung Westend im Scharnhauser Park, Ostfildern
Winking • Froh Architekten (BDA), Hamburg	SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg	Wohnbebauung Bäckerbreitengang – Neubau von 28 öffentlich geförderten Wohnungen, Hamburg
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	„Unter einem Dach“ Gemeinschaftliches Wohnen, Buchwaldstraße, Dreieich-Buchsschlag
Susanne Sturm, Berlin	Susanne Sturm, Berlin	Bauherrengemeinschaft 3xGrün – Neubau Mehrfamilienhaus in Holzbauweise, Görschstraße, Berlin-Pankow
Erfurter Wohnungsbaugenossenschaft „Borntal“ eG	Erfurter Wohnungsbaugenossenschaft „Borntal“ eG	Die neue Mitte in Borntal – Mehrgenerationenwohnen, Pestalozzistraße, Erfurt
GEMIBAU Mittelbadische Baugenossenschaft eG, Offenburg	GEMIBAU Mittelbadische Baugenossenschaft eG, Offenburg	Neubau eines Wohnhauses für Behinderte, Kesselstraße, Offenburg
Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH	Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH	Neubau Mehrfamilienhaus mit Tiefgarage, Düsseldorf Straße, Stuttgart-Hallschlag
bogevichs buero architekten & stadtplaner gmbh, München	St. Gundekar-Werk Eichstätt Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH, Schwabach	„e%-energieeffiziente Wohnanlage Hollerstauden“, Albertus-Magnus-Straße, Ingolstadt-Hollerstauden
Allbau AG, Essen	Allbau AG, Essen	Wohnen im PIER78, Universitätsviertel grüne mitte, Meyer-Schwickerath-Straße, Essen

➔ Fortsetzung von Seite 2

gen, ein gemeinschaftliches Wohnprojekt mit Tagespflegeeinrichtung in V-förmiger Anordnung zweier Baukörper auf einem ehemaligen Fabrikgelände so einzuordnen, dass eine kleine Dorfgemeinschaft im bestehenden Siedlungsgefüge entstanden ist.

Anstelle schlichter Arbeiterwohnungen hat die GAG Immobilien AG in **Köln-Buchheim** nach einem Entwurf von Molestina Architekten in dem industriell geprägten Viertel ein Wohnquartier gebaut, das barrierefreie Wohnungen mit unterschiedlichsten Grundrissen anbietet. Die Baustruktur nimmt trotz geschlossener Blockrandbebauung sensibel Bezug auf die benachbarte Kirche und bietet Platz für eine Demenzgruppe sowie einen Gemeinschaftsraum im Erdgeschoss.

In **Freiburg** hat die kommunale Stadtbau GmbH gemeinsam mit Melder und Binkert Architekten und Stadtplaner BDA ein Quartier auf einem lärmbelasteten, ungünstig geschnittenen Grundstück ein lebendiges Quartier in der Mischung von geförderten, frei finanzierten Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen errichtet. Während sich die verlärmte Nordseite verschlossen zeigt, öffnen sich die Wohnungen nach Süden zu einem nutzungsfreundlichen Innenraum.

Drei Wohnhäuser für Studierende hat das Hochschul-Sozialwerk **Wuppertal** nach Plänen von Architektur Contor Müller Schlüter in schwieriger Hanglage so sensibel in den Bestand eingefügt, dass die Verbindung zur Stadt beispielhaft gelungen ist. Die Grundrisse der Wohnungen sind so variabel zониert, dass sie ohne großen Aufwand in normale Wohnungen umgebaut werden können.

Die Wohnungsgenossenschaft **Duisburg-Hamborn** hat nach Plänen von Druschke und Grosser Architekten BDA ein barrierefreies Wohnensemble im Niedrigenergiestandard errichtet, das durch seine winkelförmige Anordnung einen gemeinsamen Platz mit der benachbarten Kirche und dem Gemeindezentrum bildet. Differenzierte Wohnungstypen ermöglichen die angestrebte soziale Durchmischung.

In **Halle/Saale** hat die Wohnungsbaugenossenschaft „Eigene Scholle“ gemeinsam mit kleyer . koblitiz . letzel . freivogel gesellschaft von architekten mbh die Zeilen einer locker bebauten Siedlung der 1920er Jahre saniert und durch vier barrierefreie Mehrfamilienhäuser so ergänzt, dass nutzerfreundliche Hofsituationen entstanden sind. Das Konzept des Mehrgenerationenwohnens will unabhängiges Wohnen bis ins hohe Alter durch ein soziales Netzwerk zwischen Senioren und jungen Familien ermöglichen.

Die GWG **München** hat nach Entwürfen von Zwischenräume Architekten BDA mit einem barrierefreien Wohn- und Geschäftshaus einen innerstädtischen Gründerzeitblock auf einem schwierigen spitzwinkligen Grundstück so geschlossen, dass ein begrünter ruhiger Innenhof entstanden ist. Ein Nachbarschaftstreff im Obergeschoss und ein Geschäft bewirken die erwünschte Mischnutzung – ebenso wie der differenzierte Wohnungsschlüssel, der auch Mieter berücksichtigt, die besondere Unterstützung benötigen.

In **Berlin-Prenzlauer Berg** hat die Bauherrengemeinschaft Zelterstraße nach Entwürfen von zanderroth architekten ein innerstädtisches Grundstück auf innovative Weise mit 72 Wohnungen bebaut. Die um einen autofreien Gartenhof gruppierten

Wohnungen entwickeln sich jeweils über mehrere Geschosse. Niedrige Baukosten haben bewirkt, dass Haushalte aus dem Kiez Eigentum bilden konnten und die soziale Einbindung in das Quartier gelungen ist.

Aus Anlass der Preisverleihung ist eine Dokumentation mit einer Darstellung jener Projekte erschienen, die die zweite Stufe des Verfahrens erreicht haben. Sie steht auf www.gdw.de zum Download bereit. Ferner werden die ausgezeichneten Projekte in einer Ausstellung präsentiert, die zur Ausleihe zur Verfügung steht. Einzeldarstellungen der ausgezeichneten GdW-Unternehmen finden Sie in den nächsten Ausgaben der *wi* unter der Rubrik „GdW-NEWS“.

(hunglburklschi) ■

➔ **Videos zu den Preisträger-Projekten finden Sie im Youtube-Kanal des GdW unter**

www.youtube.de/GdWBundesverband – oder indem Sie mit Ihrem Tablet-PC oder Smartphone diesen QR-Code einscannen:



Fotos der Preisträger finden Sie unter diesem QR-Code:



Fotos der Anerkennungen gibt es unter diesem QR-Code:



Alle Infos auf einen Blick finden Sie auch unter www.gdw.de/pressecenter oder www.deutscherbauherrenpreis.de



EU-Kommission startet Diskussion über Energieeffizienzpolitik

Brüssel – Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zu den Fortschritten bei der Erreichung des Energieeffizienzziels bis 2020 und zum strategischen Rahmen für die Energieeffizienzpolitik bis 2030 eröffnet. Die Ergebnisse sollen die Grundlage für Überprüfung der Fortschritte bei der Energieeffizienz bis 2020 bilden.

Die Europäische Union (EU) hat sich zum Ziel gesetzt, die Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu steigern. Die Mitgliedstaaten haben sich selbst indikative, nationale Ziele gesetzt. Zudem sind viele weitere Maßnahmen ergriffen worden, um Gebäude, Strom- und Wärmeerzeugung effizienter zu machen. Aktuelle Prognosen weisen darauf hin, dass nur etwa 17 Prozent Energieeffizienzsteigerung

bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Durch die Konsultation will die Kommission in Erfahrung bringen, in welchen Bereichen nachgesteuert werden kann und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. An vorderster Stelle steht hier die Energieeffizienz in Gebäuden. Auch die Form der Maßnahmen – Setzung verbindlicher Effizienzziele, verstärkter Umsetzungsdruck oder neue Gesetzgebung – ist

Teil der Konsultation. Technische Lösungen und Finanzierung können ebenfalls vorgeschlagen und beschrieben werden. Die Konsultation läuft bis zum 28. April 2014.

(öneltschi) ■

➔ **Alle Infos zur Konsultation finden Sie in englischer Sprache auf ec.europa.eu/energy unter „Energieeffizienz“ → „Öffentliche Konsultationen“**

ZITAT



Foto: www.bundestag.de/Mediathek, Plenarsitzung vom 29. Januar 2014

„Um im Baubereich zu einer Gesamtstrategie zu kommen, in die auch der Klimaschutz integriert ist, hat die Bundesregierung den Umweltschutz und den Baubereich in einem Ministerium gebündelt. So können wir unsere nationalen Klimaziele auch in den Bereichen der Energieeffizienz und der Gebäudesanierung erreichen. Im Übrigen können unsere Wirtschaft und unser Handwerk davon profitieren. Umweltschutz, die ökologische und soziale Marktwirtschaft schafft Arbeitsplätze.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 29. Januar 2014

Bundesministerin Hendricks ruft zu mehr Ehrgeiz bei Klimazielen auf

Berlin – In Deutschland seien noch größere Anstrengungen notwendig, um das nationale Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, erreichen zu können. Mit den bisherigen Maßnahmen würde Deutschland in den kommenden sieben Jahren nur eine Reduzierung von 33 bis 35 Prozent erreichen. Davor warnte Bundesumwelt- und -bauministerin Dr. Barbara Hendricks (SPD) am 12. Februar 2014 im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages, wie der Informationsdienst „Heute im Bundestag“ berichtete. Diese Lücke gelte es schnell zu schließen, Deutschland dürfe in seinem Ehrgeiz nicht nachlassen, mahnte Hendricks.

Die Ministerin kündigte erneut an, ein nationales Sofortprogramm zum Klimaschutz ins Leben zu rufen, in das auch andere Ressorts eingebunden werden sollen. Hendricks betonte gegenüber den Abgeordneten zudem, wie wichtig es sei, dass Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz in Europa verteidige. Andernfalls werde es schwierig, auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris Ende 2015 weltweit verbindliche Klimaschutz-

ziele auszuhandeln. Die Abgeordneten begrüßten die Pläne der Ministerin für ein Klimaschutz-Sofortprogramm, drängten aber zugleich auf eine Reform des Emissionshandels.

So kritisierte die Unionsfraktion, dass technologische Verbesserungen, die eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes zur Folge hätten, nicht automatisch zu einer Ausweitung des Emissionshandels führten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte es, dass auf Vorschlag der Europäischen Kommission überschüssige Zertifikate im Rahmen des so genannten „Backloadings“ vom Markt genommen werden sollen. Sie regte darüber hinaus an, darüber nachzudenken, wie man künftig mit allen übrigen Emissionen umgehen wolle, etwa Quecksilber oder Schwefeloxiden. Zudem forderte sie ein schnelles Ende der Braunkohleverstromung. (hib/schi) ■

Kommunen aktiv für den Klimaschutz: Energieeinsparung ins Zentrum rücken

Bonn – Das Klimaschutzziel der Bundesregierung ist aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) nur in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden zu erreichen. „Mit den bisherigen Maßnahmen werden wir das 40-Prozent-Ziel verfehlen und bis zum Jahr 2020 nur zu einer Verminderung der Treibhausgas-Emissionen von 33 bis 35 Prozent kommen“, erklärte der Erste Vizepräsident des DStGB und Bürgermeister von Bergkamen, Roland Schäfer, am 18. Februar 2014 bei der Konferenz „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ von DStGB und Bundesumweltministerium (BMUB) in Bonn.

„Das von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks angekündigte Sofortprogramm zur Erreichung der 40-Prozent-Reduzierung hat nur Erfolg, wenn die Kommunen und ihre Bürgerschaft vermehrt unterstützt werden. Hierzu gehört insbesondere eine stärkere Energieeinsparung“, so Bürgermeister **Roland Schäfer** weiter.

„Aktiver Klimaschutz ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung und eine große Chance für unser Land. Dafür setzen wir auch auf die Kommunen, denn sie agieren als Planer, Unterstützer, Vorbild und Treiber. Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung werden in Städten und Gemeinden, im direkten Lebensumfeld der Menschen, unmittelbar erlebbar“, betonte **Jochen Flasbarth**, Staatssekretär im Bundesumwelt- und -bauministerium.

Kommunen und ihre Bürgerinnen und

Bürger nehmen den Klimaschutz und die Energiewende nach Angaben von DStGB und BMUB zunehmend selbst in die Hand. Bereits heute gibt es in Deutschland circa 900 Bürgerenergiegenossenschaften, die mit rund 150.000 Mitgliedern über eine Milliarde Euro in Projekte der Solar-, Wind- und Biomasseenergie investieren. „In immer mehr Kommunen ist der Klimaschutz zur Chefsache geworden“, sagte Schäfer. Neben der Ansiedlung der erneuerbaren Energien seien die energetische Sanierung von Schulen, Kindergärten und Verwaltungen sowie auch die klima- und umweltfreundliche Beschaffung von Waren, etwa in Form von CO₂-emissionsarmen Fahrzeugen, Beispiele kommunaler Aktivitäten. Der DStGB hoffe, dass die Zusammenführung von Umwelt und Bauen in einem Ministerium für den Klimaschutz positive Synergien auslöst. „Es kann nur gut sein, wenn die Stadtentwicklung verstärkt durch die Brille

der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes praktiziert wird. Dabei muss der Fokus in der Zukunft noch stärker auf die Möglichkeiten zur Energieeinsparung gelegt werden. Hier kann insbesondere durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden. Dieses Potenzial muss sowohl im privaten Bereich als auch bei den circa 300.000 Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur erschlossen werden“, so Schäfer.

Schäfer forderte in diesem Zusammenhang, speziell die Förderung der energetischen Gebäudesanierung durch den Bund aufzustocken. „Hier bleibt unsere kommunale Forderung bestehen, das KfW-Gebäudesanierungsprogramm von gegenwärtig 1,8 Milliarden Euro deutlich auf fünf Milliarden Euro zu erhöhen“, so Schäfer.

(hab/schrlschi) ■

Rechtsausschuss im Bundestag will sich Mietpreisbremse widmen

Berlin – Neben der Vorratsdatenspeicherung werde vor allem die Mietpreisbremse zu den zentralen und umstrittenen Themen gehören, denen sich der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages bis zur Sommerpause widmen wird. Dies zeichnete sich bei einer Debatte des Gremiums am 12. Februar 2014 mit Bundesjustizminister Heiko Maas ab, wie der Informationsdienst „Heute im Bundestag“ berichtete.

Noch für das erste Quartal habe der SPD-Minister einen Gesetzentwurf für eine Mietpreisbegrenzung angekündigt, die in Ballungszentren den Anstieg der Wohnkosten eindämmen soll. Die Regelung solle Ländern und Kommunen das Recht einräumen, bestimmte Gebiete auszuweisen, in denen der Mietanstieg bei Wiedervermietungen von Wohnungen gedeckelt werden kann. Zudem soll laut Maas im Maklerrecht künftig das „Bestellerprinzip“ greifen, wonach deren Gebühren stets von jenen Vermietern oder Wohnungssuchenden zu bezahlen sind, die einen Vermittler beauftragen.

Prinzipiell begrüßt wurde die Mietpreisbremse von der Unions-Fraktion, die aber mit „schwierigen Verhandlungen“ rech-

net. Gelöst werden könne das Problem steigender Mieten letztlich nur durch eine Ankurbelung des Wohnungsbaus. Das neue Gesetz dürfe deshalb „nicht zur Investitionsbremse werden“. Aus Sicht der Union müsse der Geltungsbereich der Mietpreisbegrenzung örtlich eingeschränkt werden und könne beispielsweise nicht für ganz Berlin gelten. Ein entsprechender Bedarf für bestimmte Gebiete müsse präzise nachgewiesen werden. Maas erklärte, dass das Bauministerium rund 500 Millionen Euro zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus bereitstelle. Wie die Union wies der Minister darauf hin, dass die Lage auf dem Wohnungsmarkt sehr unterschiedlich sei, es gebe auch Regionen mit „massiven Leerständen“. Die Linksfraktion verlangte, die Ein-

führung von Mietpreisbremsen dürfe nicht den Ländern überlassen werden, sondern müsse verpflichtend sein.

Maas kündigte zahlreiche weitere Vorhaben an, die sein Ministerium im Laufe dieses Jahres in Angriff nehmen wolle. Dazu zählten unter anderem ein Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung, eine Frauenquote in Aufsichtsräten, die Umsetzung der Forderungen des NSU-Untersuchungsausschusses, ein Anti-Doping-Gesetz oder die Gründung eines Sachverständigenrats für Verbraucherfragen, der beispielsweise unterhalb der Schwelle gesetzlicher Regelungen Standards für Produkttests entwickeln könne. Die SPD-Fraktion mahnte eine Überarbeitung des Urheberrechts an.

(hib/schi) ■

Deutsche Bauindustrie: Wohnungsbau als Impulsgeber der Baukonjunktur

Berlin – „Der Wohnungsbau wird auch 2014 die treibende Kraft der baukonjunkturellen Entwicklung bleiben. Wir gehen in diesem Segment von einem Umsatzplus von fünf Prozent aus. Aber auch der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau werden sich mit 2,5 Prozent beziehungsweise 3,5 Prozent positiv entwickeln, so dass wir für das laufende Jahr ein nominales Umsatzplus von insgesamt 3,5 Prozent prognostizieren.“ Das erklärte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Dr. Heiko Stiepelmann, zur Eröffnung der Baufachmesse bautec am 13. Februar 2014 in Berlin.

„Im Wohnungsbau kommen die stärksten Impulse aus dem Mehrfamilienhaussegment. Hier hat 2013 das Genehmigungsplus bei 23 Prozent beziehungsweise fast 20.000 Wohnungen gelegen“, ergänzte Stiepelmann. Berlin sei dabei im Vergleich von 10 Großstädten beziehungsweise Regionen in Deutschland Spitze. Die Hauptstadt liege mit rund 5.300 Neubaugenehmigungen für die ersten drei Quartale vor Hamburg (4.900) und München (4.600). Stiepelmann sieht weiter wachsenden Bedarf im Wohnungsbau: „Viele Zuwanderer zieht

es in die wachstumsstarken Regionen, wo die Wohnungsnachfrage ohnehin schon über dem Angebot liegt. Verantwortlich dafür sind unzureichende Neubauaktivitäten in den vergangenen Jahren und das deutliche Bevölkerungs- und Haushaltswachstum.“ Nach Einschätzung des Verbandes seien 2013 nur rund 230.000 Wohnungen fertiggestellt worden. Benötigt würden aber mindestens 250.000. Für 2014 rechnet der Bauspitzenverband mit Fertigstellungen von rund 250.000 bis 260.000 Wohnungen.

Neben dem Neubau seien aber auch verstärkte Aktivitäten bei der energetischen Sanierung notwendig. „Wir begrüßen die Zusage der neuen Bundesregierung, die Zuschüsse an die KfW Bankengruppe für die Wohnraumsanierungsprogramme aufzustocken“, so Stiepelmann. Dennoch gebe es viele Wohnungen, bei denen sich eine Sanierung nicht mehr lohne. In diesen Fällen solle auch Ersatzneubau an gleicher Stelle durch die KfW gefördert werden. Sinnvollerweise seien die Maßnahmen

Weiter auf Seite 6 ➔

VERANSTALTUNG

4. + 5. April 2014, Dortmund

Deutscher Mietgerichtstag 2014

Der 16. Deutsche Mietgerichtstag findet am 4. und 5. April 2014 im Kongresszentrum Westfalenhalle in Dortmund statt. Nach einem einführenden Festvortrag von Prof. Dr. Rudolf Hickel von der Universität Bremen zum „Einfluss der Finanzkrise auf Wohnungsbau und Mietmarkt“ erwarten die Teilnehmer Beiträge zur „Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete“ sowie Arbeitskreise zu verschiedenen Themen, wie „Altersgerechter Umbau als Modernisierungsmaßnahme“ oder „Umstellung auf Contracting und Fernwärme“. Am zweiten Veranstaltungstag folgen weitere Vorträge, unter anderem zu den „Pflichten des Vermieters bei unwirksamen Preisanpassungsklauseln in Versorgungsverträgen“.

(börl/schi) ■

➔ Weitere Infos zu Programm und Anmeldung finden Sie unter www.mietgerichtstag.de

Priska Hinz (Grüne) ist neue Verantwortliche in der hessischen Wohnungspolitik

Wiesbaden – Überraschung aus wohnungswirtschaftlicher Sicht in Hessen: Bei der Verteilung der Zuständigkeiten in der neu gewählten Landesregierung wurde – anders als zunächst erwartet – analog zur Bundesebene das Ressort „Städtebau und Wohnungswesen“ aus dem Wirtschaftsministerium herausgelöst und dem Umweltministerium zugeschlagen. Damit ist Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) neue hessische Bauministerin.



Foto: Lorenz Pletzsch

Die neue hessische Umwelt- und Bauministerin Priska Hinz ist gelernte Erzieherin und war zwischen 1985 und 2005 mit einigen Unterbrechungen Mitglied des Hessischen Landtages. Nachdem sie Mitte der Neunziger Jahre als Staatssekretärin im Umweltministerium tätig war, wurde sie – nach dem Rücktritt ihrer Vorgängerin – 1998 Hessische Ministerin für Umwelt,

Energie, Jugend, Familie und Gesundheit. Nach der Wahlniederlage von 1999 schied sie bereits ein Jahr später wieder aus dem Amt aus und wurde bis 2000 Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag. Im Jahr 2005 wechselte Hinz in die Bundespolitik und war seitdem Mitglied des Bundestages. Ihre Kernkompetenzen hat Hinz in der Umwelt- und der Bildungspolitik. Wohnungspolitisch ist sie bislang nicht in Erscheinung getreten, äußerte aber in einem Interview im Juli 2013 auf die Frage, wo sie Handlungsbedarf bei öffentlicher Infrastruktur und beim Wohnungsbau

sehe: „Energetische Gebäudesanierung. Dafür wollen wir ein KfW-Programm stärken, einen Energiefonds auflegen.“

Wirtschafts- und Energieminister Tarek Al-Wazir

Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) ist nun auch für das Ressort Energie zuständig, das ebenso wie auf Bundesebene aus dem Umweltministerium herausgelöst wurde. Der Bereich Energie wird – zum Beispiel bei der energetischen Gebäudesanierung – eng mit dem Umwelt- und Bauministerium verzahnt sein. (schm/schi) ■

AUS DEN VERBÄNDEN

vbw kritisiert: Fördermittel für den Wohnungsbau reichen bei steigender Nachfrage nach günstigem Wohnraum nicht aus

Stuttgart – 63,12 Millionen Euro stellen Bund und Land gemeinsam für die Wohnraumförderung in Baden-Württemberg zur Verfügung. Das weist der Bericht mit den Leitlinien zur Wohnraumförderung im Land für das Jahr 2014 aus. Zu den Bundesmitteln in Höhe von 48,5 Millionen Euro gibt das Land lediglich die Summe aus den Einnahmen der erhöhten Grunderwerbsteuer – das waren im Jahr 2013 rund 18 Millionen Euro. Das ist zu wenig, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken. Zumindest sollten vorhandene Überhänge aus den Jahren 2012 und 2013 übertragen werden, erklärte der Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen (vbw) in seinem Statement zur öffentlichen Anhörung im Landtag.

Seit mehr als einem Jahr wird intensiv über den Bedarf an günstigem Wohnraum diskutiert. Reagiert hat das Land aber allein ordnungsrechtlich mit einem wohnungspolitischen Maßnahmenpaket, bestehend aus einem Zweckentfremdungsverbotsgesetz und einer Umwandlungsverordnung. Maßnahmen, die in Baden-Württemberg im Jahre 2006 abgeschafft wurden, weil damit keine einzige neue Wohnung mehr

geschaffen wurde. „Die Erhöhung des Fördervolumens wäre die bessere Maßnahme gewesen“, kritisierte Gerhard A. Burkhardt, Präsident des vbw. Stimmen die Rahmenbedingungen, wird das Landeswohnraumförderungsprogramm auch abgenommen. Das hat sich schon bei den Verbesserungen im Programm 2013 gezeigt. Erforderlich ist eine flexible und nachhaltige Ausgestaltung der Fördervorgaben mit ausschließlich

zielgerichteten Bindungswirkungen. „Noch höhere Akzeptanz würde das Programm erhalten, wenn das Instrument der ‚Mittelbaren Belegung‘ zugelassen würde. Die Mittelbare Belegung dient der Verhinderung einseitiger Belegungsstrukturen im geförderten Wohnungsbau und trägt zur erforderlichen Durchmischung im Wohnungsbestand bei“, so Burkhardt.

(schul/schi) ■

4. März 2014, Lübeck

VNW-Fachtagung: „Multimedia-Versorgung in der Wohnungswirtschaft“

Vom Kupfer über Glasfaser zum Smart Home. Wo liegt die Zukunft? Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) will bei diesem Thema Licht ins Dunkel bringen und veranstaltet dazu eine Fachtagung in Lübeck. Unter anderem wird Dr. Claus Wedemeier, GdW-Referent für Multimedia und IT, unter der Fragestellung „Was bringt die Glasfaser?“ aktuelle Entwicklungen im Bereich Multimedia vorstellen. Welche Streitpunkte im Vermieter-Mieter-Verhältnis beim Thema Neue Medien auftreten können, wird VNW-Pressesprecher Dr. Peter Hitpaß erläutern. (hit/schi) ■

➔ Weitere Infos zu Programm und Anmeldung finden Sie unter www.vnw.de

➔ Fortsetzung von Seite 5

zur energetischen Sanierung mit baulichen Anpassungen in Hinblick auf altersgerech-

tes Bauen zu kombinieren, wie zum Beispiel die Barrierefreiheit, Einrichtungen für alternative Pflegekonzepte oder Mehrgenera-

tionenhäuser. Die KfW-Förderprogramme sollten dies entsprechend abdecken.

(grul/schi) ■

„Leiter Ausbildung 2014“

6. März 2014, Berlin

Unterschiedliche Themenschwerpunkte, Impulse aus anderen Branchen und erfahrene Praktiker sind feste Bestandteile dieser erfolgreichen Veranstaltungsreihe. Das Thema „Professionelle Beurteilungsgespräche führen“ ist in der Vergangenheit auf hohes Interesse gestoßen. Aus dem Grund liegt der Fokus in diesem Jahr unter anderem auf nachfolgenden Schwerpunkten: Welche Kompetenzen werden in der Ausbildungsverordnung von Immobilienkaufleuten gefordert? Wie gestaltet sich eine professionelle Gesprächsvorbereitung? Was sollte man bei einer professionellen Gesprächsführung beachten? Welche gängigen Beurteilungsfehler sollten erkannt und analysiert werden?

Weitere Infos: BBA, Kathrin Rosenmüller, Telefon: 030/23085535,
E-Mail: kathrin.rosenmueller@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de/kalender

Verkehrssicherungspflicht

13. März 2014, Bochum

Die Verkehrssicherungspflicht von Immobilienunternehmen hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschärft. Insbesondere die Organisationspflicht und rechtssichere Dokumentation von Überwachungen werden immer wichtiger. Unternehmen, die diesen Pflichten nicht ordnungsgemäß nachkommen, drohen unangenehme Folgen. In diesem Seminar werden an praktischen Beispielen konkrete Aufgaben eines Wohnungsunternehmens im Bereich Verkehrssicherungspflicht aufgezeigt – jenseits von juristischen Maximalforderungen, aber dicht am eigenen Haftungsrisiko.

Weitere Infos: EBZ, Bettina Mannel, Telefon: 0234/9447510, E-Mail: b.mannel@e-b-z.de,
Internet: www.e-b-z.de

Erfolgreiche Mietschuldnerberatung

18. März 2014, Erfurt

In diesem Seminar geht es um Modelle des Forderungsmanagements. Diese sind mit einem straffen Mahn- und Klageverfahren in Kombination mit sozialer Mietschuldnerberatung am erfolgreichsten. Die wohnungswirtschaftliche Praxis der Referentin und der Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmern erleichtern die Umsetzung der Empfehlungen.

Weitere Infos: MFA, Isabell Földner, Telefon: 0361/34010224, E-Mail: isabell.fueldner@vtw.de,
Internet: www.vtw.de/mfa

Instandhaltungsmanagement

25. März 2014, Karlsruhe

Jedes Jahr veranlasst ein durchschnittliches Wohnungsunternehmen circa zwei Reparaturaufträge pro Wohnung in der laufenden Instandhaltung mit Durchschnittskosten von circa 250 Euro. Das addiert sich zu einer beträchtlichen Summe, die unter Umständen für die strategischen Bestandsaufwertungen fehlen und bedeutet darüber hinaus viel Arbeit für die Sachbearbeiter. In diesem Seminar werden den Teilnehmern praxiserprobte Lösungen vorgestellt, mit denen die Instandhaltungs- und Verwaltungskosten spürbar gesenkt werden können.

Weitere Infos: AWI GmbH, Jo Frey, Telefon: 0711/16345602, E-Mail: frey@awi-vbw.de,
Internet: www.awi-vbw.de

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 18.02.2014 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
■ 15 Jahre	2,73%	2,76% p.a.
■ 10 Jahre	2,32%	2,34% p.a.
■ 5 Jahre	1,52%	1,54% p.a.

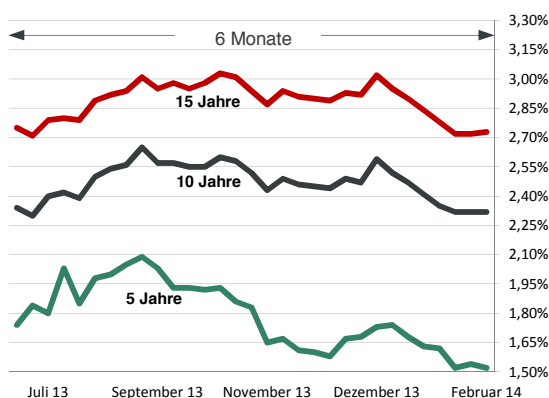
Bedingungen:
Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Dr. Klein-EnergieEffizienzDarlehen*: für Neubau ab ca. **2,62%** p.a. / für Modernisierung ab ca. **1,36%** p.a.
(* Vergleichszinssatz eines Annuitätendarlehens mit gleicher Laufzeit und Zahlungsströmen. Stand: 18.02.2014)

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de
Archiv Zinsentwicklung unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html

Zinsentwicklung bis 18.02.2014

Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

**IMPRESSUM****wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Andreas Schichel, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
112 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden und Produkte starten“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf www.haufe.de verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Unter „meine Online Produkte starten“ – oben rechts unterhalb der Anmelde-Funktion – erscheint dann die wi. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse durch. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in der Übersicht.

Bauherrenpreis Neubau 2014 – Preisträger
Sonderpreis „Freiraumgestaltung im Wohnungsbau“:

Piusplatz in München-Ramersdorf, GEWOFAG Wohnen GmbH

Die beiden Passivhäuser auf der Südseite des Piusplatzes sind Teil einer umfangreichen Quartiersentwicklung durch die GEWOFAG Wohnen GmbH, München. Mit den Neubauten wird die bestehende Wohnanlage aus den 1930er Jahren baulich, infrastrukturell und sozial aufgewertet. Mit den Ergänzungsbauten wurden die im Quartier notwendigen Familienwohnungen geschaffen, die durch ihre Barrierefreiheit auch für ältere oder in der Mobilität eingeschränkte Menschen geeignet sind und für eine gemischte Mieterstruktur sorgen. Verglichen mit einem Haus, das der aktuellen Energieeinsparverordnung entspricht, können die Mieterinnen und Mieter in den Passivhäusern bis zu sechzig Prozent der Kosten für Heizung und Warmwasser sparen. Hervorzuheben ist die Neugestaltung des Wohnumfelds in Zusammenarbeit mit den Bewohnern. Geach-



Foto: Roland Weegen, München

tet wurde auf Barrierefreiheit, Entsiegelung, zielgruppenorientierte Nutzung und Aufenthaltsqualität für alle Altersstufen. Herausragend ist die Zusammenarbeit der GEWOFAG mit den Bewohnern, sozialen Trägern und der Stadtverwaltung. Im Ergebnis ist ein Quartier entstanden, das in seiner Wohnqualität deutlich gewonnen hat. (weilschi) ■

► Eine ausführliche Dokumentation aller ausgezeichneten Projekte des Deutschen Bauherrenpreises Neubau 2014 finden Sie unter www.gdw.de/pressecenter oder

www.deutscher-bauherrenpreis.de



Das Video zum Preisträger-Projekt der GEWOFAG in München finden Sie unter diesem QR-Code:

Recht so

Duldungspflicht für Modernisierungsmaßnahmen bei finanzieller Härte

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat mit Urteil vom 6. August 2013 (Az.: 5 C 366/12) unter anderem entschieden, dass die Berufung auf eine finanzielle Härte dem Mieter auch dann nicht verwehrt sei, wenn eine Mietbürgschaft bestehe und Einkünfte aus Untervermietung erzielt würden. Zur Begründung führte das Amtsgericht aus, dass es für die Beurteilung des Vorliegens einer finanziellen Härte allein auf die Einkommensverhältnisse des Mieters ankomme und nicht darauf, ob sich ein Dritter verpflichte, für entstehende Mietrückstände aufzukommen. ■

EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Das Urteil betraf noch die vorherige Bestimmung des § 559 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), die mit Mietrechtsänderungsgesetz vom 1. Mai 2013 neu gefasst worden ist. Nunmehr ist die Mieterhöhung wegen Modernisierungsmaßnahmen ausgeschlossen, soweit sie auch unter Berücksichtigung der voraussichtlichen künftigen Betriebskosten für den Mieter eine Härte bedeuten würde, die auch unter Würdigung der berechtigten Interessen des Vermieters nicht zu rechtfertigen ist. Insofern sind die Vorschriften über die Duldung von Modernisierungsmaßnahmen streng von denen der Mieterhöhung nach Modernisierungsmaßnahmen zu trennen. Jedenfalls aber hat das Amtsgericht zu Recht darauf hingewiesen, dass es für die Beurteilung des Vorliegens einer finanziellen Härte allein auf die Einkommensverhältnisse des Mieters ankommt. Die Begründung dürfte sein, dass der bestehende Hauptmietvertrag losgelöst von einer Bürgschaft oder eines Untermietvertrages zu beurteilen ist. So kann etwa der Untermietvertrag gekündigt werden, ohne dass dies den Hauptvertrag berührt. Die Grenzen des Härtefall Einwandes dürften sich dann allenfalls an den Grundsätzen von Treu und Glauben orientieren.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHL DER WOCHE

1,7

Prozent betrug 2013 die durchschnittliche Preissteigerung bei den Nettokaltmieten in allen Staaten der Europäischen Union (EU). Damit lag die Preissteigerung für die Kaltmiete in der EU oberhalb der Gesamtsteuerungsrate von 1,5 Prozent, wie das Statistische Amt der Europäischen Union auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex mitteilte. Für Deutschland ergibt sich ein umgekehrtes Bild. Mit 1,3 Prozent lag der Anstieg der Nettokaltmieten unterhalb des allgemeinen Preisanstiegs von 1,6 Prozent: In 15 EU-Staaten wurden, anders als in Deutschland, bei der Nettokaltmiete Preissteigerungen oberhalb der jeweiligen Gesamtinflation gemessen. Insbesondere zogen die Mieten in Estland (+14,1 Prozent), Litauen (+6,5 Prozent) und Lettland (+5,6 Prozent) an, während sie in Griechenland (-6,8 Prozent), Zypern (-6,7 Prozent) sowie Slowenien (-1,1 Prozent) sanken. Wenig Bewegung gab es bei den Preisen für Nettokaltmieten in Kroatien (+/-0,0 Prozent) und Spanien (-0,1 Prozent).